

**Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Herrn SERVATY (SP) zum mittel- und langfristigen Bedarf bei den Altenheimplätzen in Ostbelgien**

Es gilt das gesprochene Wort!

15.03.2017

Oberstes Ziel unserer Seniorenpolitik ist die Förderung des selbstbestimmten Lebens. Alle Maßnahmen, die wir bisher ergriffen haben und noch ergreifen werden, leiten sich von diesem Konzept ab.

Die Mehrheit der Senioren in Ostbelgien lebt in den eigenen vier Wänden und möchte das auch in Zukunft tun können. Dieser Wunsch lässt sich nur ermöglichen, wenn wir die Angebotspalette im häuslichen und wohnortnahen Rahmen ausbauen.

Seit 2015 haben wir deshalb die Mittel für die häusliche Hilfe um 30 % erhöht. Daneben werden wir 2017 und 2018 die alternativen Wohnformen bewerben. Ein Pilotprojekt ist bereits gestartet.

Wir haben das Seniorendorfhaus ab diesem Jahr finanziell abgesichert. Mittel für ein weiteres Projekt sind ebenfalls vorgesehen. Die Tagesbetreuung soll ausgebaut werden.

Wir haben Mittel für die Einsetzung von Seniorenbeauftragten freigemacht. Diese sollen gemeinsam mit verschiedenen Akteuren in den Gemeinden den Bedarf lokal ermitteln. So können wir gezielt darauf reagieren.

Wir haben Mittel freigemacht, um die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben zu gründen. Diese Dienststelle unterstützt die Senioren und die pflegenden Angehörigen.

Die neue Dienststelle soll aber auch den Bedarf ermitteln. Das gilt sowohl für den häuslichen als auch für den stationären Bereich und damit schlussendlich auch für die Seniorenheime.

Da wir nun auch für die Finanzierung der Seniorenwohnheime zuständig sind, haben wir die Chance diesen Bereich noch mehr am Bedarf der Menschen zu orientieren.

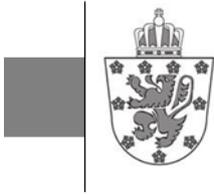
Es ist klar, dass wir auch in Zukunft auf eine einrichtungsgebundene Begleitung und Pflege angewiesen sein werden.

Aber wir müssen uns von alten Kategorien und Schemata verabschieden. Wenn man über Plätze spricht, dann denkt man an Betten in Zimmern. Gegenwärtig sind 751 Plätze in Betrieb<sup>1</sup>.

In den nächsten zwei Jahren werden 111 Plätze hinzukommen, wodurch wir auf 862 Plätze kommen werden.

---

<sup>1</sup> Davon sind 269 Altenwohnheimplätze, 454 Pflegewohnheimplätze und 18 Plätze für Kurzaufenthalte (Kurzeitpflege).



ABER hinzu kommen die betreuten Wohnungen in den Seniorenwohnheimen. Hier gibt es aktuell 25 Plätze. In den nächsten Jahren sollen ca. 30 zusätzliche Plätze hinzukommen, wodurch die Zahl der Plätze bis 2020 insgesamt auf 917 ansteigen wird.

Ab 2019 greift die neue Finanzierung für die Seniorenwohnheime. Diese wird dazu führen, dass progressiv rund 100 Plätze in den nächsten Jahren in Plätze für pflegebedürftige Personen umgewandelt werden. Das sind neue Möglichkeiten für Menschen mit höherem Pflegebedarf.

Parallel dazu sollen alternative Wohnformen für Geringpflegebedürftige entstehen. In den Seniorenwohnheimen könnten das betreute Wohnungen, Senioren-WGs etc. für in etwa 100 Personen sein. Das ist wichtig, damit die Seniorenwohnheime keine reine Pflegeheime werden.

Unseren momentanen Schätzungen zufolge werden weitere 40 bis 50 Plätze für Kurzaufenthalte benötigt.

Insgesamt kann man also von einem Bedarf von rund 150 Plätzen ausgehen. Aber Achtung: Plätze steht hier wohlgernekt im Sinne der Neudefinition. Also für einen Mix aus Seniorenwohnheimplätzen, Kurzzeitpflege und alternativen Wohnformen.

Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Prognosen in Deutschland und Luxemburg hatten zu einem Ausbau von Betten geführt. Heute kämpfen die Einrichtungen mit Leerständen, die zu einer finanziellen Schieflage geführt haben.

Durch die Neuorganisation der Dienststelle erhoffen wir uns Daten, die ein genaueres Bild des Bedarfs wiedergeben sollen.

Was die Frage der Träger angeht, so ist sie sehr evident. Denn um die Heime auszubauen, braucht man Träger. Gegenwärtig gibt es keine Anfragen für einen Ausbau. Allerdings befinde ich mich im Gespräch mit VIVIAS. Dabei geht es um die Zukunft des Standorts Sankt Vith. Bei einer möglichen Erweiterung muss aber unseren Überlegungen zur Erweiterung der Angebotspalette Rechnung getragen werden.